

Medienmitteilung 1/2014

Thema	Parolenfassung für den 09. Februar 2014
Rückfragen	Andreas Mahler, Tel: 079 439 08 44, Mail: andreas.mahler@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	20.01.2014

DIE GLP AG UNTERSTÜTZT FABI, BEIDE VOLKSINITIATIVEN FALLEN JEDOCH DURCH

Die Grünliberalen Aargau empfehlen den Stimmberechtigten am 09. Februar ein JA zum Bundesbeschluss FABI und jeweils ein NEIN zu den Volksinitiativen: Sowohl die Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ wie auch die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ werden von der GLP deutlich abgelehnt, hingegen wird der Bundesbeschluss zur Finanzierung und dem Ausbau der Bundesbahnen klar unterstützt.

Sowohl der Vorstand als auch die Mitgliederversammlung der Grünliberalen Aargau haben sich kritisch mit den drei Bundesvorlagen auseinandergesetzt.

- Der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Bundesbahnen ist aus grünliberaler Sicht klar zu befürworten. Ein JA zu FABI heisst ein JA zum ÖV. Die Vorlage sichert nachhaltig die Finanzierung und den Ausbau des Schienenverkehrs, damit dienen wir auch künftigen Generationen. Die GLP begrüsst die mit FABI mögliche Taktfrequenzerhöhung auf wichtigen Strecken des Personenverkehrs und erachtet deshalb und auch aus wirtschaftlichen Gründen den geplanten Ausbau des Güterverkehrskorridors Nord-Süd als unerlässlich. Des Weiteren sind die Grünliberalen einverstanden mit der vorgesehenen Beschränkung des Pendlerabzugs und lehnen deshalb die geplante Standesinitiative im Grossen Rat ab.
- Auf wenig Verständnis trifft die Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“. Nicht nur, dass die mögliche Entlastung pro Kopf nicht einmal 1 Franken ausmachen würde, zusätzlich will die Initiative aus Sicht der Grünliberalen bei den falschen Leistungsnehmern sparen. Von dieser betroffen wären wohl nur zu oft sozial Schwachgestellte und Menschen in einer finanziellen Notlage. Durch die Kostenübernahme durch die Krankenkassen wird eine fachlich hochwertige Betreuung und zudem eine Beratung durch den Arzt sichergestellt. Mit einer Ausklammerung von Abtreibungskosten riskieren wir Billig-Abtreibungen und die Sicherstellung der Gesundheit der Frau. Die GLP erachtet zudem eine Grundsatzdiskussion über Abtreibungen unter dem Deckmantel der Gesundheitskosten als falsch, zumal das Schweizer Volk die Fristenregelung mit über 70% befürwortet hat und die Abtreibungsrate hierzulande sehr niedrig ist. Des Weiteren widerläuft die Initiative dem Solidaritätsprinzip und somit dem Grundgedanken des KVG.

- Die SVP-Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ stösst bei den Grünliberalen ebenfalls auf allgemeine Ablehnung. Grundsätzlich wird kritisiert, dass die Initiative Ausländer- und Asylpolitik vermischt, denn nicht nur Ausländer würden ins Kontingent fallen, sondern auch Asylsuchende, was klar der humanitären Tradition der CH widerspricht. Im Vordergrund stehen für die Grünliberalen jedoch die Bilateralen. Aufgrund des Guillotinen-Effekts wären mit einer Annahme der Initiative nämlich alle Bilateralen und nicht nur das Abkommen über die Personenfreizügigkeit gefährdet. Trotz Wehklagen der SVP ist erwiesen, dass seit der Einführung der Personenfreizügigkeit sowohl die Löhne als auch – und dies trotz Wirtschaftskrise- das BIP pro Kopf gestiegen sind. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass für die Schweiz weiterhin Abhängigkeiten von der EU bestehen. Weiter verzeichnet die CH schon heute einen Fachkräftemangel und die Ausländer unterstützen nicht nur unsere Sozialversicherungen und bezahlen Steuern, sondern weisen dazu in der Schweiz eine Arbeitslosequote von lediglich 4% vor. Die Grünliberalen sind sich auch darüber einig, dass mit der Einführung eines Kontingents ein Bürokratiemonster entsteht, welches für eine finanzielle Belastung von Staat und Unternehmen sorgt und dazu nicht mal gewährleistet, dass die Zulassungen im Sinne des Arbeitsmarktes wären. Die GLP anerkennt, dass die Zuwanderung, trotz der wirtschaftlich wichtigen Bedeutung in den letzten Jahren, in der Bevölkerung Sorgen wie auch Fragen entstehen lässt. Letztlich ist zudem die Zunahme der Bevölkerung auch aus ökologischer Sicht kritisch zu betrachten. Die Grünliberalen erachten jedoch die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ kaum als geeignetes Mittel und bemühen sich um differenziertere Lösungsansätze.